# WLZ

Zeitschrift der GEW Wiesbaden

Nr. 1 / 2008

26. Jahrgang

Kleistereimer?
Quast besorgen
Wer kommt?
Termin absprechen
Pinsel?

Wer hat einen dicken Pinsel?
Wer sind die Plakatwände
Karikaturen vergrößern lassen!!

Wer dokumentiert? Extra Text schreiben?

*Lang, lang ist es her:*

# Vor der HESSEN-WAHL 2008

Veranstaltung des GEW Kreisverbandes Wiesbaden am 16.01.08 in der IGS Kastellstraße

Spätestens seit dem 3. Januar wussten wir in Hessen, dass die so genannte „heiße Phase“ des Wahlkampfes begonnen hatte. Es wurde mit vielen Emotionen eine öffentliche Debatte über „Jugendgewalt“ geführt, die den sachlichen Hintergrund beinahe vollständig vermissen ließ. Roland Koch lief in den letzten Wochen zur brutalstmöglichen Hochform auf.

Eine mit ca. 45 Personen gut besuchte Veranstaltung, die von Ute Harlos, Katja Plazikowsky und Matthias Bender vom KV moderiert wurde, sollte uns die Wahlentscheidung erleichtern und die GEW wollte zeigen, dass es bitter nötig ist, die gesellschaftlichen Probleme äußerst differenziert zu betrachten.

Wir konnten allerdings nur die Argumente und Positionen von M. Wagner (Grüne), R. Rzytki (FDP) und H. Bohrer (Die Linke) hören und vergleichen. Der Vertreter der SPD kam trotz Zusage nicht, die CDU schickte zu dieser Veranstaltung keinen Vertreter.

Bildung ist ein ganz wichtiger Bestandteil der Länderhoheit, also ein Bereich, in dem sich die Landespolitik besonders profilieren muss. Immer wieder geht es hierbei um „Verteilung von Bildungschancen“.

Dazu stellte Dipl.Soz. Alexander Schulze von der Uni Mainz einleitend die Ergebnisse der Studie zur „Sozialstruktur und Bildungsangeboten der Wiesbadener Grundschulen und dem Bildungserfolg der SchülerInnen“ vor, die im letzten Schuljahr mit einer äußerst hohen Beteiligung der SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen durchgeführt wurde.

Die Untersuchungen befassten sich mit der Frage, ob Kinder in dem bestehenden Bildungssystem so gefördert werden, dass die familiäre Herkunft und der soziale Status beim Erreichen des Schulabschlusses keine Rolle spielt. Besonders wies Schulze darauf hin, dass der sozioökonomische Status der SchülerInnen sowie die Sozialstruktur, das Leistungsniveau und die Bildungsangebote der Schule eine Rolle für den Bildungserfolg spielt. Er fordert, dass in den Grundschulen heterogene Schülerschaften zusammen kommen, d.h. über die Verteilung der SchülerInnen auf die Grundschulen neu nachgedacht werden sollte.

Da die Veranstaltung aus Wahlkampftermingründen unter einem hohen Zeitdruck stand, bekamen die Vertreter der Parteien eine von allen zu beantwortende Frage (Was kann die Politik tun, damit Bildungschancen gleichmäßig verteilt werden?) und eine spezielle Frage gestellt.

Zusammenfassend einige Antworten, damit wir auch in Zukunft die Parteien an ihre Aussagen und Vorhaben erinnern können. ***(Ute Harlos/Christina Gerhardt)***

**M. Wagner (Grüne)**

- Ein Sofortprogramm Schule soll umgesetzt werden, damit die Hektik aus der Schule raus genommen wird.
- Echte Ganztagsangebote für alle, die es möchten, sollen geschaffen werden (nicht mehr die Mogelpackung „pädagogische Mittagsbetreuung“)
- G 8 muss umgehend korrigiert werden
- Das gemeinsame Lernen soll ausgeweitet werden
- Die Vorgriffsstunde soll zurückgegeben werden, ebenso soll die Arbeitszeiterhöhung rückgängig gemacht werden
- Es soll im Dialog mit den Verbänden über ein anderes Arbeitszeitmodell für die Lehrkräfte nachgedacht werden, insgesamt muss dabei die Gesamtbelastung der Lehrkräfte niedriger werden
- Es soll in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückgekehrt werden
- Es wird weiterhin eine Verwaltungssoftware geben, aber nicht wie bei LUSD einen Kontrollwahn.

**H. Bohrer (Die Linke)**

- Das längere gemeinsame Lernen wird in den Vordergrund gerückt, da das Gebot der Gleichheit im Grundgesetz verankert ist
- Die Arbeitszeitverlängerung der Lehrkräfte wird rückgängig gemacht
- Der Status der Versuchsschule der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden muss für alle anderen Schulen auch gelten, d.h. mehr Geld, mehr Stellen, bessere Ausstattung
- Es soll mehr LehrerInnenstellen geben, die Klassenstärken werden gesenkt
- Für Schule und Bildung wird 20% mehr ausgegeben, dieses ist mit einer anderen Steuergesetzgebung zu erreichen.

R. Rzytki (FDP)

- Unterrichtsgarantie plus soll abgeschafft werden
- Es soll eine 105 % Zuweisung an die Schulen geben
- Die Anzahl der Vertretungsverträge soll um ein Vielfaches reduziert werden
- Der Lehrerberuf soll wieder deutlich an Attraktivität gewinnen und eine andere Einstellungspraxis durchgeführt werden
- Das Schulsystem wird unter das Motto „Vielfalt statt Einheitsschule“ gestellt, d.h. das differenzierte Schulwesen soll ausgebaut werden
- Die Förderung der deutschen Sprache wird weiterhin ein dominanter Faktor sein.
- Die Eigenverantwortlichkeit der Schule soll ausgebaut werden (Geld statt Stelle).

## Thema: Grundschule

Die Arbeitszeit ist in den letzten Jahren immer weiter angestiegen. Es gibt viele zusätzliche Verpflichtungen innerhalb des Schulbetriebs (Förderpläne, Orientierungsarbeiten,…) Es ist dringend an der Zeit, die Wochenstundenzahl für GrundschullehrerInnen wieder abzusenken. Auch wenn diejenigen, die zwischen 35 und 50 Jahre alt sind, endlich die „Vorgriffstunde“ nicht mehr ableisten müssen, ist die Stundenzahl einer Vollzeitkraft noch immer zu hoch.

Es gibt an den Grundschulen viele Lehrkräfte, die in Teilzeit arbeiten. Manche Grundschulen würden gar nicht funktionieren, wenn nicht Teilzeitkräfte eine Klassenführung übernehmen würden. Es ist darum besonders wichtig, die Arbeitsaufgaben im Schulbetrieb richtig zu verteilen.. Es gibt unteilbare Dienstpflichten, (eben die Aufgaben einer Klassenführung, Konferenzen, etc.), es gibt aber auch teilbare Dienstpflichten, z. B. die Anzahl der Pausenaufsichten oder auch die Mitarbeit in Arbeitsgruppen an der Schule.

Ein leidiges Thema ist die sogenannte „Doppelte Klassenführung“. Immer wieder kommt es vor, dass eine Lehrkraft zwei Klassen als KlassenlehrerIn betreuen muss. Die dabei entstehende Arbeitsbelastung ist enorm.

Unterrichtsgarantie Plus trifft die Grundschulen besonders hart. Zwar können Personen gefunden werden, die es sich zutrauen, eine Grundschulklasse zu unterrichten – jeder kann schließlich lesen, schreiben und rechnen. Welche pädagogischen Situationen dort jedoch auftreten, das ist oft mehr als fragwürdig. Unterrichtsgarantie Plus in dieser Form muss abgeschafft werden. Es müssen genügend Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden, damit auch eine Vertretung durch qualifizierte Kräfte gewährleistet werden kann.

Die Einteilung der Gehaltsgruppen innerhalb der Lehrerschaft ist antiquiert und überholt. Die GEW setzt sich dafür ein, dass auch GrundschullehrerInnen nach der Gehaltsgruppe A 13 bezahlt werden. Die höhere Pflichtstundenzahl gleicht den unterschiedlichen Arbeitsaufwand z. B. bei Korrekturen längst aus. Dem Grundschullehramt wird eine entscheidende Bedeutung in der Schullaufbahn jedes Kindes beigemessen. Das sollte sich auch in der finanziellen Wertschätzung der Arbeit der LehrerInnen ausdrücken.

**utha**

## Zur Situation der Integrierten Gesamtschulen

Immer wieder hat die GEW-Fraktion im GPRLL darauf hingewiesen, dass in der Innenstadt eine weitere Integrierte Gesamtschule gebraucht wird.

So gab es in den letzten Jahren immer wieder einen Überhang von über 100 Anmeldungen in diesem Bereich. Im letzten Jahr gab es im Innenstadtbereich 63 Anmeldungen, die nur als Erstwunsch eine IGS, als 2. und 3. Wunsch dagegen eine Schule des gegliederten Systems angegeben hatten. Dahinter stand vielfach die Befürchtung, einer IGS außerhalb der Innenstadt zugeordnet zu werden. 38 Schülerinnen und Schülern konnte weder der 1., 2. noch der 3. Wunsch erfüllt werden.

Somit ergibt sich u.E. ein Bedarf von 100 IGS-Plätzen in der Innenstadt. Es ist zu vermuten, dass dieser Bedarf durch die Negativmeldungen zu G8 steigt.

Die GEW-Fraktion weist immer wieder in ihren Sitzungen mit dem Schulträger auf diese Mangelsituation hin. Die Tatsache, dass in Wiesbaden 25 Prozent der Schüler eine IGS besuchen (im Landesdurchschnitt sind es 18 Prozent), weist auf die gute Arbeit dieser Schulen hin.

Sie wird jedoch von Seiten der Landespolitik behindert und gefährdet durch die Aufstockung der Klassengrößen und die Aufbürdung der abschlussbezogenen Prüfungen. Diese machen ein Gemeinsames Lernen einschließlich 10.Klasse unmöglich.

Die GEW-Fraktion setzt sich für den Ausbau und die Förderung des Gemeinsamen Lernens ein und sieht sich darin durch den Elternwillen bestätigt.

**Gegen frühe Auslese!**
**Gemeinsames Lernen für alle!**

## Die Schulpolitik in Wiesbaden steht Kopf

In privater Trägerschaft werden Gesamtschulen eingerichtet, eine paradoxe Situation. Schon seit langem kämpft die GEW dafür, dass eine weitere IGS in der Innenstadt eingerichtet wird.

In jedem Jahr werden Anmeldungen an Gesamtschulen zurückgewiesen und die Kinder müssen entgegen dem Elternwunsch eine Schule des dreigliedrigen Systems besuchen, weil sie an keiner Wiesbadener Gesamtschule aufgenommen werden konnten. Die Grundidee einer Gesamtschule ist es, alle Kinder gleichermaßen zu fördern und den prägenden Einfluss der sozialen Herkunft aus einer bildungsfernen Familie oder einer Familie mit Migrationshintergrund möglichst aufzufangen. Dort können Kinder unterschiedlicher Begabung gemeinsam bis zum 10. Schuljahr lernen, in einer Ganztagsschule kann auch ein interessantes Freizeitangebot ohne zusätzliche finanzielle Belastung und Organisation des Alltags wahrgenommen werden. Die Gesamtschule wird von vielen Familien der Mittelschicht gemieden, von der Seite der konservativen Politiker aus CDU und FDP noch immer vehement bekämpft.

Für das Staatliche Schulwesen und den Wiesbadener Schulentwicklungsplan ist es eine traurige Bilanz, wenn eine Modellschule wie die Helene Lange Schule immer nur Modellschule bleibt. Ihre pädagogischen Erfolge sollten jedoch auf die anderen staatlichen Regelschulen übertragen werden. Das hervorragende Abschneiden beim PISA-Test wünschen wir uns für alle Schulen. Die guten Lernbedingungen an der Helene Lange Schule werden jetzt in den Privatschulbereich getragen und nur Kinder aus pädagogisch interessierten, finanzstarken Familien werden weiterhin davon profitieren. Es wäre aber wichtig, auch Kindern aus bildungsfernen Bevölkerungsgruppen ein solch attraktives Schulangebot zukommen zu lassen. Das funktioniert aber nur in einer Regelschule, möglichst in einem Wohngebiet, in dem viele verschiedene Gruppen der Gesamtbevölkerung vertreten sind. Wenn es den politisch Verantwortlichen wirklich Ernst ist mit ausgleichender Gerechtigkeit, dann müssen sie eine staatliche Gesamtschule befürworten.

Es wird positiv hervorgehoben, dass an den genannten Privat-Gesamtschulen „G8“ nicht vorgesehen ist. Alle Eltern, deren Kinder eine Empfehlung zum Besuch des Gymnasiums haben, können „G8“ für ihr Kind vermeiden. In jeder Wiesbadener Gesamtschule werden leistungsstarke Kinder bis zur 10. Klasse unterrichtet und gefördert und wechseln dann auf ein Oberstufengymnasium um dort das Abitur abzulegen. Dies sollte eine wichtige Überlegung bei der Schulwahl nach der Grundschule sein. Diese Möglichkeit steht allen offen und nicht nur denjenigen, die finanziell so gut ausgestattet sind, dass sie Schulgeld bezahlen können. **(utha)**

**Lasst die Bildung nicht im Regen stehen! Mehr Geld für gesunde Lernbedingungen in kleinen Klassen!**

## Wiesbadens private Bildungsförderung

Der Charme, "...einen Uni-Campus für Wiesbaden zeitnah zu realisieren...", so der ehemalige Kämmerer und heutige OB Müller, öffnet offenbar den eher klammen Wiesbadener Geldbeutel: Die private European Buisness School (EBS) erhält für 15 Jahre einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 200.000 Euro plus einmalig nochmals 200.000 Euro für eine Bibliothek. Dazu OB Müller schon 2006: "Wiesbaden bietet der EBS ein sehr attraktives Umfeld. Umgekehrt ist es unser Ziel, dass sich die EBS in Wiesbaden weiter zu einer führenden europäischen Wirtschaftsuniversität entwickelt. Wir haben daher mit der EBS einen letter of intent vereinbart, den ich kurzfristig Magistrat und Stadtverordnetenversammlung vorlegen werde."

Mittlerweile gab es dazu eine breite Mehrheit im Parlament mit Ausnahme der Partei 'Linke Liste'. Nun wurde also ein 'Kooperations- und Zuschussvertrag' zwischen den Beteiligten unterschrieben. Den Status einer echten Privatuniversität können und wollen die EBS-Verantwortlichen aber erst über die Einrichtung eines Business Law Institute erreichen. Dabei ist zu bedenken, dass fast parallel zu dieser angestrebten Kooperation die EBS eines ihrer wenigen auch international renommierten Stand-

beine (Immobilienökonomie = Real Estate Management Institute) in Person von Professor Schulte nach Regensburg verloren hat; das ist auch der eigentliche Grund, weshalb sich die EBS in diesem Bereich neu positionieren muss (vgl. dazu die ebs - homepage vom 07.09.2006).

Wer nun z.B. die normale Wiesbadener Schul- und Kulturlandschaft anschaut, fragt sich angesichts des o.a. Sachverhaltes

1. weshalb diese eigentlich private BWL - Hochschule im Universitätsrang meint, sich bei der Finanzierung u.a. der Dependance Schierstein des Wiesbadener Stadtsäckels bedienen zu müssen.. (die Differenz zwischen privatwirtschaftlichen und öffentlichen unternehmerischen Zielsetzungen dürfte bekannt sein) und

2. weshalb der OBÜ der Stadt Wiesbaden ausgerechnet in finanzpolitisch komplizierten Zeiten meint, sich auf diese Weise das - noch nicht einmal gesicherte - Image einer Uni-Stadt erkaufen zu müssen.

Interessant erscheint mir auch, dass offensichtlich eine Veröffentlichung des letter of intent bzw. des jetzt abgeschlossenen Kooperationsvertrages nicht geplant ist. Dabei wäre es für die Bürger nur so möglich, eine Analyse der Gesamtfinanzierung einschließlich etwaiger Nebenabreden' vorzunehmen.

Was bedeutet es z.B. wenn es heißt, dass die „EBS/Stadt Wiesbaden-Partnerschaft rechtlich auf neue Füße" gestellt werden soll? Der OB hat Recht, wenn er auf „das sehr attraktive Umfeld unserer Stadt“ hinweist und dies müsste als Anreiz für die private EBS auch ausreichen.

Die zusätzliche 15-Jahre-Zahlungsgarantie hinterlässt bei mir einen schalen Beigeschmack, auch wenn die Verantwortlichen sich hinter einer angeblich gelungenen PPP-Konstruktion (public private partnership) meinen verstecken zu können.

Wohlgemerkt: Nichts gegen eine echte Uni-Stadt Wiesbaden ... mit dem üblichen breit gefächerten Angebot unterschiedlicher Fakultäten. Aber: Zurückhaltung bei der langfristigen Kofinanzierung einer eng aufgestellten, eigentlich rein privaten BWL-Hochschule; zumindest wäre noch nach einem trickle-down-effect für die öffentliche Wiesbadener Fachhochschule zu fragen!?

PS:

a) Wenn der EBS-Rektor Jahns nach den hessischen Landtagswahlen klagt, mit der Linken sei eine Law-School nicht zu machen ... dann vergisst er, dass eine seinem Vorhaben genehme Koch-Regierung seit neun Jahren im Amt ist/war. Was ist da wohl schief gelaufen?

b) EBS-Studenten bzw. deren Eltern zahlen pro Jahr ca. 9.900 Euro für die privilegierten Studienbedingungen im Rheingauer Ambiente. **(Joachim Barth)**

## Zu wenige Schulpsychologen

Immer wieder hat die GEW die schlechte personelle Ausstattung des schulpsychologischen Dienstes angeprangert, dessen Notwendigkeit außer Frage steht. Wir hatten Gelegenheit einen Mitarbeiter zu befragen und mehr über die Arbeits- und Sichtweise zu erfahren.

**GEW:** *Welche generellen Richtlinien gibt es für die Versorgung der Schulen mit Schulpsychologen? Wie sieht es im Staatlichen Schulamtsbezirk WI/RTK aus?*

**H. Bohrer:** Es existiert keine Rechtsvorschrift, die den Umfang der Versorgung der hessischen Schulen mit Schulpsychologinnen und Schulpsychologen regelt. In den letzten Jahren gab es um die 8o Stellen für das ganze Land Hessen, die haushaltsmäßig verankert waren. Gemessen an der Zahl der Schulen (bzw. der Schüler/innen und Lehrer/innen) standen dem am 1. August 1997 gebildeten Schulamtsbezirk für den Rheingau-Taunus-Kreis und die Landeshauptstadt Wiesbaden 6 Stellen zu und waren bis zum 31. Juli 1997 auch besetzt. Diese Stellenbesetzung wurde seitdem nie wieder erreicht. Seit Sommer 2007 sind sogar nur noch 4 SchulpsychologInnen in unserem Schulamt (für 140 Schulen mit etwa 60.000 Schüler/innen und etwa 4000 Lehrer/innen) tätig. Dies heißt jede/r von uns ist im Durchschnitt für 35 Schulen mit 15.000 Schüler/innen zuständig.

**GEW:** *Worin besteht der Hauptanteil der Arbeit? (präventiv, Einzelfallberatung, etc.)*

**H. Bohrer:** Das Hessische Schulgesetz definiert (in § 95 Abs.2) die Aufgaben der Schulpsychologie so: "Ihre Tätigkeit umfasst insbesondere die präventive und systembezogene Beratung und die psychologische Beratung von Schulen, Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Schülerinnen und Schüler." Demzufolge umfasst die "Kernleistung Schulpsychologische Beratung" neben der so genannten Schulpsychologischen Einzelfallberatung überwiegend die "Teilleistungen" "Schulpsychologische Systemberatung" und "Schulübergreifende schulpsychologische Beratung". Darunter fallen dann u. a. solche Aufgabenbereiche wie Suchtprävention, Gewaltprävention, Hochbegabtenförderung, Krisenintervention, Personalentwicklungsverfahren, Konfliktmanagement, Ausrichtung von Fortbildung, Organisationsberatung, Evaluation. Die so genannte Einzelfallberatung, die weiterhin einen wichtigen Stellenwert in unserer Arbeit einnimmt, erfolgt - gemäß unserem gesetzlichen Auftrag - stets unter dem präventiven und systembezogenen Blickwinkel und bietet neben der Hilfe (zur Selbsthilfe) für die Betroffenen zugleich einen unverzichtbaren Erfahrungshintergrund für die aktuelle präventive und systembezogene Beratung.

**GEW:** *Wie hat sich der Bedarf an schulpsychologischer Intervention entwickelt?*

**H. Bohrer:** In den zurückliegenden - mehr als 50 - Jahren hessischer Schulpsychologie gab es Problemsituationen, die "Dauerbrenner" waren - z.B. Beratungen beim Umgang mit so genannten "Teilleistungsstörungen" und "Verhaltens auffälligkeiten" von Schüler/innen. Neuer Bedarf hat sich in den letzten Jahren stärker entwickelt z.B. bei der Krisenintervention im Zusammenhang mit Gewalttaten, bei der Gewinnung und Entwicklung von Führungskompetenz, Interventionen bei "Schulabstinenz", bei "Burn-out"-Erscheinungen und Konflikten von Lehrkräften.

**GEW:** *Gibt es Rückschlüsse auf die schulische Situation der Schülerinnen und Schüler? (G8, zu große Lerngruppen, etcetera.)*

**H. Bohrer:** Für verallgemeinerbare Rückschlüsse wäre in viel stärkerem Maße wissenschaftliche Ursachenforschung erforderlich. Bei den an uns gerichteten Anfragen fällt allerdings immer wieder auf, dass strukturelle, systematisch entstehende Problemlagen auftreten, so beim Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule. Auf "Leistungsversagen" mit dem Wechsel der Lerngruppe ("Sitzenbleiben") oder gar der Schulform ("Querversetzung" usw.) zu reagieren, löst nachvollziehbar hohen Bedarf an Beratung und Intervention aus. Insofern wären strukturelle Veränderungen in Richtung eines deutlich längeren gemeinsamen Schulbesuchs dringend erforderlich. Dies ist ja auch Gegenstand der schulpolitischen Diskussion - nicht erst seit "PISA".

**GEW:** *Wie und in welche Richtung würden Schulpsychologen gerne arbeiten?*

**H. Bohrer:** Diese Frage lässt sich verallgemeinernd schwer beantworten. Da gibt es individuell unterschiedliche Neigungen und Interessen in dem sehr breiten Aufgabenspektrum. Mit einem Team in jedem Schulamt kann dem auch Rechnung getragen werden. Verallgemeinernd kann sicher festgestellt werden, dass sich bestimmt alle von uns eine deutliche personelle Verstärkung wünschen, um der Vielzahl von Beratungsanfragen zeitnah und angemessen nachkommen zu können, um schulische Erfolge zu ermöglichen bzw. Schäden abzuwenden. Unzufrieden sind sicher auch viele von uns mit der Zunahme der Bürokratisierung durch Maßnahmen unter dem Etikett "Neue Verwaltungssteuerung", die wertvolle Arbeitszeit verbrauchen, ihrem Anspruch sinnvoll zu steuern aber nicht dienen. Erfreulich ist, dass die Wertschätzung psychologischer Beratung und Therapie, die z.B. im angloamerikanischen Raum schon seit langem eine spürbar höhere ist, in unserem Lande zugenommen hat und gerade auch die Schulpsychologie eine steigende Wertschätzung erfährt. Mit dem Bedeutungszuwachs der Themen Schule und Kindererziehung in der Politik - gerade bei Wahlentscheidungen - einher gehen in letzter Zeit auch immer häufiger Forderungen aus der Elternschaft nach stärkerer schulpsychologischer Betreuung, so auch vom Landeselternbeirat in Hessen. Der einstimmige Landtagsbeschluss aus dem Mai 2006, der bis heute leider noch nicht umgesetzt ist, ist solch ein Indiz für eine veränderte Bewertung im politischen Raum. Wenn aus der Eltern- und Lehrerschaft der Ruf nach besserer schulpsychologischer Ausstattung weiter zunimmt, dann - davon bin ich überzeugt - werden die politischen Mandatsträger/innen auf die Dauer dies nicht ignorieren können. Insofern freue ich mich auch über das Engagement der GEW und bedanke mich für das Interview der WLZ.

# Herkunftsprachlicher Unterricht

***Gesellschaftliche Wirklichkeit***

Deutschland ist im Laufe der Zeit und der jahrzehntelangen Migration inzwischen ein multikulturelles Land geworden. Jedes Stadtbild hat sich verändert. Überall sieht man Läden, Restaurants, die eine internationale Vielfalt von Besitzern haben. Internationalität hat von Deutschland bzw. Hessen Besitz ergriffen. Moscheen, Kultur- und Sportvereine, Cafes gehören zu einem Stadtbild der Gemeinde. Die Menschen, die einen Migrationshintergrund haben, werden als Teil der hiesigen Gesellschaft ihren Platz einnehmen.

***Demokratie oder Terror***

Deutschland kann in der Zeit der Globalisierung mit demokratischen Mitteln seine Migranten nicht los werden. Es bleibt nur der Weg des miteinander Arrangierens und ihnen in dieser Gesellschaft einen Platz zu bieten. Druck und vorhandene Rechtsnormen zu reduzieren würden Gegenreaktionen produzieren. Statt z.B. den Bau von Moscheen zu verbieten und damit einen Nährboden für Unruhe, Feindschaft und Radikalismus zu schaffen, bleibt nur ein Weg der Auseinandersetzung, Kooperation und Kontrolle. Erst als Terrormeldungen aufkamen, wurden Moscheen und Islamische Vereine als Gesprächspartner erkannt.

***Die türkische Europapolitik***

Für die Türkei haben die Türken in Europa eine neue politische Bedeutung gewonnen. Am Beispiel des Staates Israel, der sehr große Unterstützung von Juden aus Europa und den USA erhält, möchte die Türkei die Türken in Europa so organisiert sehen, dass auch sie Macht und Einfluss in Politik und Wirtschaft gewinnen.

***Schule***

1990 habe ich als türkisch stämmige Lehrkraft an Wiesbadener Schulen angefangen, muttersprachlichen Unterricht zu erteilen. Damals noch Pflichtunterricht, hatte ich den Eindruck, dass dieser Unterricht Teil des Regelunterrichtes war, das Gefühl der Akzeptanz war gegeben . Inhalt des Unterrichtsstoffes waren neben der türkischen Sprache, Kultur und Religion auch aktuelle Themen hier in Deutschland und in der Türkei.

Während der rot-grünen Regierungszeit wurde die Wichtigkeit der Muttersprache bereits in Frage gestellt und muttersprachlicher Unterricht als Pflichtfach bis zur 6.Klasse beschränkt und ab der 7.Klasse nun als freiwillige Teilnahme eingerichtet. Im Wahlkampfjahr 1999 und mit ihr die CDU Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft kam auch das Thema der völligen Abschaffung des muttersprachlichen Unterrichtes auf. In der Bevölkerung, aber auch unter KollegInnen formierte sich eine Abwertung und Gegenwind gegen diesen Unterricht. Der Begriff „Muttersprachlicher Unterricht“ wurde in „Unterricht in der Herkunftssprache“ verändert. Unter der schwarz-liberalen Regierung wurde dann dieser Pflicht-Unterricht gänzlich für alle Klassen in die freiwillige Teilnahmemöglichkeit umgewandelt, die vorher gleichberechtigten Ziffer-Noten entfielen. Ausgeschiedene KollegInnen wurden nicht ersetzt. Rentable Schulen, das heißt Schulen mit hohen Migrationsanteil an Schüler und Schülerinnen, wurden unter den verbliebenen LehrerInnen aufgeteilt.

***Politische Interessen oder Weitsichtigkeit***

Das Land Hessen wollte den herkunftsprachlichen Unterricht abschaffen. Als dies aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich war, versuchte man durch die freiwillige Teilnahme ein Auslaufmodell daraus zu machen.

Ein Irrtum. Der Bedarf an herkunftsprachlichen Unterricht war weiterhin gegeben. Deshalb nahmen die Kultusministerien Kontakt zu den Konsulaten auf, die Türkei stellt nun über ihre Konsulate türkische Lehrer aus der Türkei ein. Seit dem Schuljahr 2007/2008 unterrichten in Hessen türkische Lehrer unter der Regie der Türkei. Dies war für die Türkei eine willkommene Gelegenheit über die Konsulate im Schulbereich Fuß zu fassen und damit Einfluss auf die Erziehung der Kinder zu nehmen.

***Ist herkunftssprachlicher Unterricht notwendig?***

- für die Schüler und Schülerinnen

  Die herkunftsprachliche Lehrkraft stellt für die Kinder eine Vertrauensperson dar. Über diese werden beide Sprachen bewusst wahr genommen, sprachliche Unterschiede werden über die Zahlen- und Schriftlehre deutlich. Darüber hinaus ist die Lehrkraft Ansprechpartner für viele Fragen, die Kinder mit Migrationshintergrund beschäftigen. Sie werden mit der Kultur ihrer Familie, mit religiösen Themen konfrontiert und brauchen dazu weitere Erklärungen. Da der berufliche Werdegang durch unser Schulsystem schon früh bestimmt wird, brauchen die Schüler und Schülerinnen zusätzlich beratende Unterstützung. In der Person der herkunftsprachlichen Lehrkraft nehmen sie neue Impulse für ihre eigene Identitätsbildung auf.
- für die Eltern

  Ein Herkunftssprachelehrer gibt den Eltern Vertrauen und vermittelt ihnen das Gefühl der Anerkennung und Zugehörigkeit. Er fungiert nicht nur als Lehrer, sondern ist auch Übersetzer, Berater und Vertreter und Vermittler zwischen den Kulturen.
- für unsere Gesellschaft

  Die Aufgabe der herkunftsprachlichen Lehrkraft besteht darin den gesellschaftlichen Auftrag der Integration zu unterstützen, die Erziehung des Kindes zu einem weltoffenen Europäer als ein wichtiges Ziel vor Augen zu haben.

***Fazit***

- Das Land Hessen darf die Schulaufsicht und die Unterrichtshoheit nicht auf die Konsulate übertragen.
- Das Land Hessen muss qualifizierte Lehrer für den Herkunftsprachenunterricht selbst ausbilden.
- Herkunftsprachenunterricht soll an den Grundschulen wieder als Pflichtunterricht geführt werden und in den weiterführenden Schulen als Fremdsprache angeboten werden.
- Das Gehalt der Lehrkräfte soll den deutschen Lehrkräften an der gleichen Schule angepasst werden im Sinne einer Wertschätzung gegenüber den Bediensteten und ihrer geleisteten Arbeit. (Hasan Bilge)

## WER HAT DAZU SCHON LUST?!

Im Wiesbadener Kurier erschien am 29.2.08 ein Artikel unter der Überschrift „Schulleiter werden zur Mangelware“. Die Schulamtsleiterin Frau Schmidt sucht nach Erklärungen für diesen Missstand. Sie findet keine eindeutigen Erklärungen, nur erste Mutmaßungen. Zum Beispiel, dass Menschen mehr Zeit mit Freunden und Familie verbringen wollen, statt eine Schule zu leiten. Diese Mutmaßung ist ja wohl eher eine Anmaßung. LehrerInnen wollen möglicherweise pädagogisch arbeiten und nicht Managementaufgaben erfüllen. Da kann man schon eher zustimmen.

Aus erfahrener Quelle hier einige Gründe für das mangelnde Interesse an Schulleitungspositionen

1. Zu wenig Geld für viel Arbeit.
2. Zu wenig Stundenermäßigung für die Fülle der Aufgaben.
3. Zeitaufwändige und teilweise sinnlose Verwaltungsaufgaben.
4. Eigenverantwortung wird proklamiert, besteht de facto aber kaum.
5. Autoritäre Führungsstrukturen von HKM und SSA gegenüber Schulleitern.
6. Auseinandersetzung mit vielen ( zu Recht!) unzufriedenen Eltern. Privatschulen haben regen Zulauf. Warum wohl?
7. Auseinandersetzung mit vielen (zu Recht!) unzufriedenen Kollegen wegen zunehmender Mehrbelastung.
8. Anweisungen durchsetzen, die pädagogisch fragwürdig sind (G8, U-plus).
9. Sekretärin erkrankt? Diese Aufgaben muss die SL dann über Wochen auch noch erledigen.

Schulinspektion, Orientierungsarbeiten, Bildungsstandards ... . Die Ergebnisse der Schule sind schlecht? Da muss die SL dann wohl mehr Dampf im Kollegium machen, denn mehr Geld, bessere Lehrerzuweisung und kleinere Klassen gibt es nicht.

## Elternabende in Zeiten der Sparmaßnahmen

Ein merkwürdiges Szenario. Ich überquere einen unbeleuchteten Schulhof. Vor der Schultür organisiere ich einen Türsteher oder eine Türsteherin aus der Elternschaft, die bekannten Gesichtern Einlass gewährt. Dafür ist ein Zeitfenster von ca.15 Minuten vorgesehen. Danach muss mit Handy Kontakt zu der Elternversammlung aufgenommen werden. Es ist nicht angeraten, die Schultür für eine halbe Stunde unbeaufsichtigt offen stehen zu lassen. In dieser Zeit könnte jeder herein und sich im Schulhaus verstecken.

Zum Abschluss des Elternabends muss das Schulhaus kontrolliert werden, ob sich noch Eindringlinge dort versteckt halten.

Ich laufe die Gänge ab und denke: Was mache ich eigentlich, wenn ich tatsächlich jemanden finde, der nicht gefunden werden will? Mein letzter Kurs in Selbstverteidigung ist viele Jahre her.

Ein unbeschwerter Umgang mit diesen Regelungen ist möglich, solange es keine unangenehmen Vorfälle gibt. Wenn das in einer Schule jedoch mal passiert ist, ist es mit der Ruhe vorbei.

Die Funktion eines Hausmeisters ist in jedem öffentlichen Gebäude wichtig. In den Schulen wurden die Dienstverpflichtungen für die Hausmeister mittlerweile so geregelt, dass auch elementare Sicherheitsstandards nicht mehr gewährleistet werden können. -- oder, wie oben beschrieben unter grotesken Bedingungen von den Lehrkräften und den Eltern gemeinsam aufrecht erhalten werden müssen. **(utha)**

Impressum:
Wiesbadener Lehrer- und Lehrerinnenzeitung. Herausgeber ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Wiesbaden, Gneisenaustraße 22, 65195 Wiesbaden, Tel: 0611/406670, EMail: gew-wiesbaden@gmx.net Redaktion: Birgit Bossert, Thomas Ellers, Ute Harlos, Katja Plazikowsky, Doro Stöver, Michael Zeitz.